

# Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau, Niederlausitz

(Sorauer Wochenblatt)

Sernsprecher Nummer 22 und 37

Postfach - Konto  
Nr. 554 Berlin NW. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto  
bei der Reichsbank

**Verkehrswesener:** Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freiheimlich): In Sorau in den Ausgabezeiten für Juli 14000 M., ins Haus gebracht 14300 M., auf dem Wege in den Ausgabezeiten der nahe Sorau gelegenen Ortsteile für 14100 M., der weiter gelegenen 14180 M., ins Haus gebracht 200 M. mehr, durch die Zeit bezogen 14036 M. einm. Postgeb. — Wochenarten, nur in der Geschäftsstelle Einbestellung: 2: 3500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Ausbesserung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise (freiheimlich):** Die 4spaltige Kolonellzeile für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 200 Mark, für auswärtige Anzeigen 400 Mark; im Restenteil die 4spaltige Kolonellzeile je Millimeterhöhe 500 Mark, für auswärts 1000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher auszugeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr der Beständigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 175

Sonntag, den 29. Juli 1923

113. Jahrgang

## Handeln tut not.

Am Schicksalsstimmeln des deutschen Volkes stehen sich in diesen Wochen dunkle Wolken auf. Die größte Gefahr droht aus unseren innerpolitischen Verhältnissen zu kommen. Dabei wissen wir doch alle, daß wir außenpolitisch nur bestehen können, wenn Reich und Staat im Innern über alle Stürme hinweg unerschrocken bleiben, wenn alles, was zur Entlastung im Innern führt und die gefährliche Unruhe nach außen zu zerstreuen hilft, mit fester Hand niedergehalten wird. Deshalb ist die Lage so ungeheuer bedrohlich, und der Reichsregierung wie den Regierungen der Länder liegt die Pflicht härtester Maßnahmen, aber auch die Pflicht zu energischem selbstbewussten Handeln ob. Die Vorgänge in Breslau und Frankfurt im Zusammenhang mit den kommunistischen Rundgebungen zum sogenannten Antifaschistentag bedeuten ein nicht ernst genug zu nehmendes Warnungssignal. Es hat zunächst einen guten Eindruck gemacht, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung durch das Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel diesem Antifaschistentag von vornherein ein Ziel gesetzt haben.

Es ist aber selbstverständlich, daß mit dem Verbot die Gefahr, in der Reich und Staat sich befinden, keineswegs abgemindert ist; auch dann nicht, wenn es, was wir hoffen, gelang, am Sonntag alle Störungsvorhaben niederzuschlagen. Denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Kommunismus nach einem ganz bestimmten Plan arbeitet, den er auch bei Mißlingen einer einzelnen Etappe weiter verfolgt. Die täglichen Sekundärartikel der gesamten kommunistischen Presse, die Saat von Falsch, die ununterbrochen in Versammlungen und Betrieben von Mund zu Mund über das Volk ausgebreitet wird, verraten ununterbrochen das letzte Stadium der systematischen Vorbereitung einer revolutionären Umwälzung im Sinne des Volkswissens. Und wie die Methoden dieser Umwälzung in der Praxis aussehen, das zeigen die Vorgänge in Breslau und Frankfurt mit erschreckender Deutlichkeit. Die Kommunisten sehen jetzt mit dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches ihre Zeit herannahen. Trotz des entschiedenen Eintretens der Reichsregierung und der preussischen Regierung scheint es uns, daß besonders die letztere die drohende Gefahr nicht in ihrem ganzen Umfange erkennt. Die Verantwortung, die die preussische Regierung über sich herbeigeholt hat, verrät immer wieder das heiße Bemühen, den Kommunisten ja nicht zu wehe zu tun, dadurch, daß immer wieder gleichzeitig auf angebliche Störungen und Unruhezustände von rechts hingewiesen wird. Wir sehen wirklich nichts vorliegen, was die Regierung veranlassen könnte, von nationaler Seite her irgend eine Gefahr für den Bestand des Staates zu wittern. Es geht uns nicht an, irgend welche Versammlungen rechtsstehender Verbände, bei denen es wirklich zu geringfügigen Störungen gekommen ist, in Parallele zu stellen mit den Ereignissen in Breslau und Frankfurt, denn hier handelt es sich nicht um Ausschreitungen einzelner, sondern das sind Begleiterscheinungen der ausgedehnten Anarchie, die an die Wurzel des Staates greifen. Jetzt heißt es für die Regierung, die Klagen schärf nach links zu nehmen und zu zeigen, daß sie nicht auf den kommunistischen Zeit hereinfallt, als handelte es sich um die Abwehr rechtsradikaler Unruhezustände, um einen Antifaschistentag. Das ist doch, wie jedermann weiß, aufgelegter Schwandel, um die preussische Regierung sollte sich nicht dem Verdacht aussetzen, daß sie auf diesen Schwandel hereinfällt.

Die kommunistischen Unternehmungen verraten zu sehr die russisch-bolschewistische Führung und damit die große Gefahr, die uns in der Verpflanzung russisch-bolschewistischer Kampfmethoden nach Deutschland droht. Diese Gefahr gilt es in vollem Umfange zu

## Schleunige gesetzgeberische Maßnahmen.

W. I. B. teilt mit:  
Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Minister und der Vorgesprächen, die in den letzten Wochen beim Reichskanzler stattgefunden haben, heute unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten über die Maßnahmen, die angeht die gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage zu ergreifen sind. Berathschlagt wurden Entwürfe des Gesetzes über die Erhebung eines Osters für Rhein und Ruft, eines Gesetzes über Verringerung einzelner Verbrauchssteuer, Gesetze und eines Steuerzinsgesetzes, die gemeinsam die Inflation zu hemmen helfen werden. Der Reichsfinanzminister legte ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Vermögenssteuerzinsgesetzes, des Erbschaftssteuerzinsgesetzes und des Umfachssteuerzinsgesetzes vor, durch das insbesondere Veräußerung an die Geldwertwertung erreicht werden soll. In einem Telegramm an die Ministerpräsidenten der Länder hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die Beratung dieser Gesetze im Reichsrat zu beschleunigen werden muß, daß sie dem Reichstag am 8. oder 9. August vorliegen. Weiter wurde über die Ausgabe der werthbeständigen Reichsmünzen. Genaue Vorfahrungen hierüber werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Weiter weitere Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere zur Lösung der Goldkreditfrage, werden ebenfalls in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen.

### Gegen die Kartoffelnot der Städte.

Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm geschrieben:  
„Die Städte sind infolge der Verspätung der Ernte von Kartoffeln entblößt. Auch sonst wachsen die Ernährungs-schwierigkeiten der großen Verbrauchs-

kommen. Die gegenwärtige Lage wird vielen die Augen öffnen. Um den drohenden Gefahren zu begegnen, dazu ist, dessen mag sich besonders die Reichsregierung bewußt sein, notwendig, daß die Regierung auch das Volk führt. Die Hauptgefahr liegt in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen, die an einem Punkt angelangt sind, an dem ein Weiter-schießen der Dinge zur Katastrophe führen muß. Der Sturz der Mark in Tiefen, die man bei allem Bestimmens nicht für möglich gehalten hat, zeigt immer weitere Kreise in bitterste Not. Das ist der Boden, auf dem der Weizen des Kommunismus gedeiht. Hier gilt es zu handeln. Gewiß können wir die letzte Ursache unseres Unglücks, die Last des Versailles Vertrages, vorerst nicht beseitigen. Eine verantwortungsbewusste Regierung darf aber auch nicht die Hände in den Schößen legen und fatalistisch die Dinge weiter treiben lassen. Maßnahmen auf finanziellen Gebiet sind bereits angeordnet. Es muß aber ein ganzes Programm daraus werden, das unserem Volke den Glauben an eine Zukunft wieder verleiht. Das ist die Voraussetzung für die innere Einheit und für die Fortsetzung unseres Widerstandes nach außen, die Voraussetzung aber auch dafür, daß wir ver-einstens auch das Grundübel, eben den Versailles Vertrag, selbst zerreißen können.

### Ein Was Sachens an die Reichsregierung.

Zu der Erklärung der Reichsregierung über die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges vom 18. Juli, in der am Schluß besonders auf Sachsen und Thüringen hingewiesen wird, hat die sächsische Regierung ein Schreiben an die Reichsregierung geschickt, das sie der Presse zur Veröffentlichung übergeben hat. In dem Schreiben, das einer kausalen Nachweise auf-bewahrt zu werden verdient, heißt es:

„Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge insbesondere der Frühkartoffelernte möglichst umgeben dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern.“

Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

### Die flodende Lebensmittelversorgung.

Der amtliche Preußische Preisbericht schreibt: „Es gehen Gerüchte um, daß in einigen Gegenden des Landes aus Furcht vor entstehenden Unruhen die Beschädigung der Märkte seitens der Landbesitzer untrüben wird. Es ist eine selbstverständliche und dringende Pflicht aller derer, die Lebensmittel produzieren, sie auf den Markt zu bringen, da neben der wachsenden allgemeinen Leerung eine nicht genügende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln außerordentliche Gefahren im Gefolge haben könnte. Zu unserer Gemüthung können wir mitteilen, daß die landwirtschaftlichen Organisationen auf ihre Mitglieder dahin einwirken, die Märkte nach wie vor regelmäßig zu besetzen. Die Produzenten mögen wissen, daß die Polizeibehörden angewiesen worden sind, die Lebensmittel auf dem Transporte zu den Märkten ausreichend zu schützen.“

Die Deutsche nationale Volkspartei richte an den Reichslandbund folgendes Schreiben: „Wir beschließen Landesweites erhalten wir Nachrichten, daß die Landwirte und Kleinrentner auf dem Lande bekräftigen und das Irreführen der Lebensmittelversorgung der Städte steht. Wir haben uns sofort mit maßgebenden Stellen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung in Verbindung gesetzt, die uns erklärt haben, daß sie alles tun werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Wir bitten dringend, dies sofort Ihren Organisationen mitzuteilen.“

Diese Erklärung hat hier außerordentlich überrascht. Die Öffentlichkeit muß sich angesichts der sonderbaren Formulierung fragen: Warum legt die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung, daß sie bemüht ist, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen, und daß sie es in dieser Beziehung nicht an erster Aufmerksamkeit fehlen lassen werde? Soll damit gesagt sein, daß die sächsische und die thüringische Regierung einer besonderen Oberaufsicht bedürftig? Soll in dieser Beziehung behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse besorgliche Formen angenommen, daß es Sachsen ein Bürgerkrieg drohe? Die Reichsregierung hat in ver-schiedenen Rundschreiben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Sache der Länder sei, für die Ordnung im Innern zu sorgen. Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung vom 18. Juli 1923 sagt, sie würde es bei Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unter inneren Verhältnissen nicht an pflichtgemäßester erster Aufmerksamkeit fehlen lassen, so kann das bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung die sächsische und thüringische Regierung in dieser Beziehung nicht die pflichtgemäße erste Aufmerksamkeit angewandt hätten und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe.

Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls, was sonst immer dieses Zeiles ihrer Erklärung ist und was sie zu einer derartigen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen aus drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.

Die sächsische Regierung des Herrn Ziegler glaubt also, sich den Luxus einer Ausnahme-stellung leisten zu können. Im übrigen wird die interessierte Laie festgehalten werden, daß in Sachsen der Antifaschistentag der Rom-

munisten am 29. Juli in vollem Umfange abgehalten wird. Soffentlich findet die Reichsregierung die richtige Antwort auf ihre unvorsichtige Anfrage.

Der thüringische Ministerpräsident Frick ist mit zwei Referenten auf Wunsch der Reichsregierung nach Berlin gekommen, um hier mit den maßgebenden Stellen zu vereinbaren, was geschehen soll. Soffentlich wird auf die Herrschaften ausreißender Druck ausgeübt, auf das alle Thüringer ähnlich für Ruhe Sorge, wie es anderwärts im Reich geschieht.

Die kommunistische Antifaschistentagung, die für Sonntag in Potsdam beabsichtigt war, ist abgefragt worden.

Weimar, 27. Juli. Das thüringische Staatsministerium hat die Antifaschisten-Rundgebung am Sonntag gestillt. Es sind jedoch alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Ausschreitungen bei den Rundgebungen zu verhindern. (Der neue Polizeioberst und ehemalige Artillerie-Unteroffizier Müller will offenbar zeigen, daß man recht daran getan hat, ihn unter Beförderung zum Oberst nach Thüringen zurückzuholen.)

### Die Ungefehrlichkeit der Ruhrbesetzung.

London, 27. Juli. „Daily Mail“ schreibt, in politischen Kreisen seien beunruhigende Gerüchte im Umlauf, daß in dem englischen Memorandum der Sag enthalten sei, die englische Regierung weigere sich, auf Grund der Verfügungen verschiedener juristischer Sachverständiger, die Gesekmächtigkeit der französischen belgischen Ruhrbesetzung anzuerkennen. Nach Mitteilung gutunterrichteter Kreise sei der Bericht der englischen Juristen auf dem Argument aufgebaut, daß in den Artikeln 428-432 im Teil-14 Abschnitt I des Vertriebsvertrages, die einzigen Artikel, die die Besetzung von belgischen Gebieten ermahnen, von der Rheinlandbesetzung die Rede sei. Die englischen Sachverständigen stehen nun auf dem Standpunkt, daß in Uebereinstimmung mit dem Artikel 430 kein weiteres belgisches Gebiet von den Alliierten besetzt werden könne.

### Frankreich und Belgien warten auf Deutschlands Zusammenbruch.

London, 27. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ warnt davor, zuviel Wertens davon zu machen, daß Belgien und Frankreich getrennte Antworten leiden. Er meint, die belgische Auffassung unterscheidet sich von der französischen mehr im Maß als im Wesen.

Im allgemeinen könne man sagen, daß die Alliierten Englands selbst eine provisorische Lösung nicht als sehr dringend ansehen würden, solange Deutschland nicht kapituliert habe oder zusammengebrochen sei.

Paris, 27. Juli. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend den Pressevertretern erklärt, daß man in Paris nach immer auf den Zusammenbruch Deutschlands rede. Die kommunistischen Verbände in Deutschland, die am 29. Juli wieder vor sich gehen sollten, würden in Paris auf einen arbeitslos gänzlich aufgegeben werden (1). Wenn sie sich aber im Nichtgebiet oder im Rheinland verbreiten sollten, seien die Truppen stark genug, jede Rundgebung im Reine zu erledigen.

Paris, 27. Juli. Der sozialistische „Mouvement“ beschäftigt sich mit der französischen und der belgischen Antifaschistentag in Form von Memorandum und schreibt, man sei zwischen Paris und Brüssel uneinig; das müsse gelöst werden. Aber die Divergenzen würden in den Nuancen zum Ausdruck kommen, und da alle diese Nuancen die englischen Vorkämpfer zum Gegenstand hätten, würde es den Regierungen in Brüssel und Paris nichts nützen, daß sie „im Grunde“ einig seien; denn, was die durch die Intervention des Cabinets Baldwin aufgeworfene Fragen unmittelbar anbetreffe, so würden sie nicht einig sein. Das sei ein weiterer Schritt zur Isolierung Frankreichs.

### Pollet befragt sich.

Paris, 27. Juli. Ministerpräsident Poincaré empfangt gestern den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Pollet, der nach dem „Welt Posten“ ihn über die Schwierigkeiten, die die Kommision bei der Ausübung ihres Mandats in Deutschland finde, unterrichtet habe. Die Interalliierte Kontrollkommission sei fast in die Unmöglichkeit verlegt worden, die Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles zu gewährleisten.